

DEUTSCHLAND KANN MEHR AUFBRUCH IN DEN CHANCEN-STAAT

BESCHLUSS BUNDESMITTELSTANDSTAG 2015

Deutschland ist Spitze bei Innovationen, Wirtschaftskraft, Sozial- und Umweltstandards. Doch diese Spitzenstellung gerät immer stärker unter Druck. Andere Wachstumsregionen sind inzwischen deutlich dynamischer. Wir stehen im Zuge der globalisierten Wirtschaft in einem harten Wettbewerb, dem sich die Unternehmen stellen, aber dem sich auch unser Staat stellen muss. Die große Linie in den Jahren 2000 bis 2010 war die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Infolge der Flexibilität der Tarifpartner und der Agenda 2010 konnte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland von über 5 auf unter 3 Millionen gesenkt werden. Doch jetzt gibt es neue große Herausforderungen: Demografie und Digitalisierung.

Die demografische Herausforderung in Deutschland: Fachkräfte fehlen, das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt, immer mehr Personen beziehen staatliche Altersversorgung. In 30 Jahren wird die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland um bis zu acht Millionen sinken und jeder dritte Deutsche wird dann älter als 65 sein.

Die digitale Herausforderung in Deutschland: Digitale Innovationen finden verstärkt im Ausland statt, Datenschutzbeschränkungen, unattraktive Investitionsregeln für Startups, fehlende Schnittstellen und mangelhafte Internetangebote der Verwaltung, unterentwickelter Breitbandausbau und mangelhafte politische Verantwortlichkeiten bremsen Deutschlands Potenziale.

Dieser Befund hat gravierende Auswirkungen auf unseren Arbeitsmarkt, auf die Finanzierung unserer Sozialsysteme und die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Was Deutschland jetzt braucht ist eine Agenda 2020, um den Staat fit zu machen für diese Herausforderungen. Wir brauchen einen Chancen-Staat, der Freiheit ermöglicht und wirtschaftliche Potentiale freisetzt. Die MIT setzt sich für diesen Chancen-Staat ein. Was davon in dieser Koalition nicht umgesetzt werden kann, muss in das Wahlprogramm von CDU/CSU für 2017.

Alter neu denken: Flexi-Rente

Problem: Die Rentenbezugsdauer ist seit 1960 von 10 auf 20 Jahre gestiegen. Die Menschen leben länger, sind aber auch länger fit. Trotzdem motiviert unser derzeitiges System nicht zu längerer Arbeit. Die Folgen: Die Rentenzahlungen sinken, die Rentenbeiträge steigen, Arbeit wird teurer. Rentner verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern damit häufig auch Lebensqualität und Lebenssinn.

Ziel: Jeder Beschäftigte, der will, soll länger arbeiten dürfen – in einer Weise wie es ihm und seinem Arbeitgeber passen. Arbeit im Alter muss belohnt werden. Die Möglichkeit der Flexi-Rente soll dafür ausgebaut werden.

Wir fordern:

- Das gesetzliche Renteneintrittsalter muss umbenannt werden in „Rentenbezugsalter“! Es geht nicht mehr darum, in den Ruhestand einzutreten, sondern ab einem Zeitpunkt zwar Rente zu beziehen, aber möglicherweise gerne weiterzuarbeiten.
- Für Beschäftigte im Rentenbezugsalter sollen keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhoben werden! Diese Berufsgruppe kann im Sinne des Gesetzes nicht mehr arbeitslos werden. Diese Beschäftigten sollen auch den ihnen zustehenden isolierten Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung unmittelbar erhalten (Flexi-Bonus).
- Die Regelaltersgrenzen für Beamte sollen aufgehoben werden. Wenn der Dienstherr Bedarf hat und der Beamte will, soll das aktive Beamtenverhältnis unbefristet verlängert werden können.

Qualifizierte Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel

Problem: Das Einwanderungsrecht wurde vielfach reformiert, aber es bleibt unübersichtlich und gerade für Mittelständler wie für ausländische Arbeitskräfte unattraktiv und abschreckend.

Ziel: Wir sehen die Unternehmen in der Pflicht, auf den Fachkräftemangel zu reagieren. Der Staat muss dafür einfachere und bessere Voraussetzungen schaffen. Deutschland soll ein attraktiver Standort für ausländische Fachkräfte werden, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Sozialbeiträge und Steuern zahlen. Wir müssen daher jährlich zusätzliche Fachkräfte anwerben und dafür das Einwanderungsrecht überarbeiten. Davon strikt zu trennen ist das Asylrecht. Um Akzeptanz für gewollte und gesteuerte Einwanderung in der Bevölkerung zu gewährleisten, müssen der Missbrauch des Asylrechts und illegale Einwanderung sowohl rechtlich als auch im Verwaltungsvollzug konsequenter bekämpft werden.

Wir fordern:

- Das Zuwanderungsrecht muss arbeitgeber- und fachkräftefreundlich zusammengefasst werden!
- Die Länder müssen ausländische Abschlüsse, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen (z.B. Pflegeberufe), schnellstmöglich anerkennen.
- Auch Fachkräften ohne anerkannten Abschluss soll die Einwanderung ermöglicht werden, wenn sie eine Beschäftigung nachweisen können und der Arbeitgeber Sicherheiten bietet!

Duale Ausbildung aufwerten

Problem: Die Abschaffung des Meisterbriefs hat in den betroffenen Berufen zu einem dramatischen Rückgang der Ausbildungszahlen geführt. Jungen Menschen wird ein entscheidender Schritt auf der dualen Karriereleiter verwehrt.

Ziel: Die Duale Ausbildung als Alternative zum Studium muss gestärkt werden.

Wir fordern:

- Der Meisterbrief soll generell wieder eingeführt werden!
- In der Berufsschulausbildung aller gewerblichen Berufe müssen Digital-Kompetenzen vermittelt werden!
- Die Berufsschulausbildung soll auch über digitale Wege und E-Learning-Plattformen verbreitet werden, um Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden mehr Flexibilität zu bieten!

Betriebliche und private Altersversorgung stärken

Problem: In einer alternden Gesellschaft sind die Alterssicherungssysteme dem Doppelrisiko aus Kapitalmarkt und Demografie ausgesetzt. Viele Menschen sind auf die zu erwartende Einnahmelücke beim Rentenbezug unzureichend vorbereitet.

Ziel: Neben der gesetzlichen Rente müssen die private und betriebliche Altersversorgung attraktiver werden.

Wir fordern:

- Der Aufbau einer persönlichen kapitalgedeckten Alters- und Berufsunfähigkeitsvorsorge soll durch steuerliche Anreize noch besser gefördert werden.
- Die Beitrags- und Steuerbelastungen der kapitalgedeckten Renten in der Rentenbezugsphase sollen wesentlich verringert werden.
- Die Beratung und Information zu Vorsorgemaßnahmen müssen durch ein qualitätsgesichertes Berufsbild und ein transparentes, säulenübergreifendes Renten-Informationsportal verbessert werden.
- Alle versicherungsfremden Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind zu evaluieren und auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Die dann fortbestehenden versicherungsfremden Leistungen sind aus den allgemeinen Haushaltsmitteln des Staates zu finanzieren.

Steuersystem für Bürger wieder begreifbarer machen

Problem: Der Zusammenhang zwischen staatlicher Leistung und staatsfinanzierender Steuer ist vielen nicht bewusst. Die Zuordnung der Einnahmen ist intransparent. Bürger können nicht erkennen, welche staatliche Ebene sie wie finanzieren.

Ziel: Politische Prozesse, Aufgaben, Kompetenzen und das Steuersystem sollen für den Bürger wieder begreifbar werden.

Wir fordern:

- Die Kommunal-, Länder- und Bundesanteile sollen in jedem Steuerbescheid separat ausgewiesen und damit transparent gemacht werden! In einem zweiten Schritt soll ein Hebesatzrecht für Länder und (Wohnsitz-) Kommunen innerhalb eines begrenzten Korridors eingeführt werden!
- Es ist eine Vereinfachungspauschale in Höhe von 2.000 Euro bei nicht-selbständigen Einkünften einzuführen, wodurch der Nachweis einzelner Werbungskosten überflüssig wird.
- Der Solidaritätszuschlag soll Ende 2019 planmäßig vollständig abgeschafft werden! Der Grund für die Erhebung des Zuschlags ist entfallen. Ein Bedarf zu einer Umwandlung in eine reguläre Steuererhöhung besteht nicht.

Ehrliche Haushaltsführung

Problem: Die „Schwarze Null“ wird erleichtert durch historisch niedrige Zinsen und Rekordsteuereinnahmen. Sollte eine dieser Bedingungen wegfallen, ist der Haushalt ohne neue Schulden wieder in Gefahr. Außerdem sind zahlreiche implizite Staatsschulden z. B. durch Pensionsverpflichtungen und Investitionsbedarfe nicht transparent.

Ziel: Stärkere Transparenz über die tatsächlichen Schulden des Staates, Abbau des Schuldenbergs.

Wir fordern:

- Implizite Verschuldung ist in jedem Haushaltsplan von Bund, Ländern und Gemeinden auszuweisen und es muss eine Pflicht geben, jeweils ein Konzept zur Gegenfinanzierung vorzulegen!
- Verbeamtungen sollen bundeseinheitlich grundsätzlich nur noch zugelassen werden, wenn der Dienstherr eine testierte Pensionsrückstellung dafür garantiert. Die Pensionsrückstellungen dürfen nicht dazu führen, dass die betroffene staatliche Ebene an anderer Stelle die Verschuldung erhöht!

Bürokratieabbau ernsthaft betreiben

Problem: Bürokratie wird stets beklagt, Bürokratieabbau stets gefordert. Alle bisherigen Versuche waren halbherzig.

Ziel: Eine Gesetzgebung, die nicht jeden Einzelfall regelt, und wirksame Mechanismen um Bürokratie zu vermeiden und bestehende bürokratische Regelungen zu identifizieren und abzubauen.

Wir fordern:

- Anstelle eines Staatsministers soll ein unabhängiger Beauftragter des Bundestages eingesetzt werden, der bei jedem Gesetzgebungsverfahren ein Bürokratie-Votum

abgeben kann, der Bürokratie-Vorwürfe von Bürgern und Unternehmen entgegen nimmt und prüft und der einmal jährlich einen Bürokatiebericht abgibt mit kritikwürdigen Fällen und Vorschlägen zur Bürokratiereduzierung!

- Den Grundsatz „One-in-One-out“ ist verpflichtend einzuführen (derzeit eine Art „Soll“-Vorschrift)!
- Die längst versprochene Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge muss zurück genommen werden, damit Unternehmen für denselben Monat nicht zwei Abrechnungen erstellen müssen.
- Leistungsgesetze und Gesetze, die Evaluierungen vorsehen, müssen zeitlich befristet werden. Bei befristet angelegten steuerlichen oder gesetzlichen Maßnahmen muss die Befristung bereits bei Einführung verbindlich geregelt sein.

Effiziente Verwaltung als Partner und Dienstleister

Problem: Die fortschreitende Digitalisierung verändert den Alltag von Bürgern, Unternehmen und Verwaltung. Damit ändern sich auch die Erwartungen an die Verwaltung: schnell, einfach, orts- und zeitunabhängig wollen die Bürger Informationen abfragen und Anträge stellen können.

Ziel: Wir brauchen eine bürgerfreundliche Verwaltung (Smart Public Services). Öffentliche Dienstleistungen sollen sich an den Erwartungen und Bedürfnissen der Nutzer orientieren und sich von reinem Zuständigkeitsdenken lösen. Die Anliegen der Unternehmen und Bürger in einer Lebenslage sind ganzheitlich zu betrachten und in vernetzten, arbeitsteiligen, möglichst medienbruchfreien Verfahren zu bearbeiten.

Wir fordern:

- Es müssen harmonisierte, digitale Verwaltungsangebote in Bund, Ländern und Kommunen für Bürger und Unternehmen eingerichtet werden! Es muss ein einheitlicher Ansprechpartner online erreichbar sein! Serviceportale für sichere Authentifizierung, Antragsstellung und Bezahlung müssen geöffnet werden!
- Die mit diesen Dienstleistungen verbundenen Abläufe und Entscheidungen sind innerhalb der Verwaltung durchgehend und abschließend elektronisch durchzuführen und die Prozesse und Organisation entsprechend anzupassen!
- Den Datenaustausch unterschiedlicher Behörden mit Zustimmung der Bürger muss durch sichere Netze gewährleistet werden!

Eine digitale Agenda

Problem: Auch bei klassischen Industrieprodukten und Dienstleistungen spielt Digitalisierung eine immer größere Rolle. Andere Regionen in der Welt sind Deutschland bei digitalen Innovationen voraus. Innovationsfeindliche Datenschutzregeln und ein investitionshemmendes Steuerrecht verhindern Wachstum und riskieren Wohlstand.

Ziel: Wir benötigen andere Rahmenbedingungen, um den deutschen Unternehmen die zunehmende Digitalisierung zu erleichtern und innovative Jungunternehmen in der

Gründungs- und frühen Wachstumsphase zu unterstützen. Die Digitalkompetenz muss in der Regierung gebündelt und vorangetrieben werden.

Wir fordern:

- Das im Koalitionsvertrag 2013 festgeschriebene Venture-Capital-Gesetz, das Investitionen in Startups deutlich erleichtert, muss schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden! Innovative Startups sollen in den ersten drei Jahren der Gründung völlig von Steuern und Abgaben befreit und ihre Bürokratielasten müssen reduziert werden!
- Durch ein Big-Data-Gesetz soll der Staat auf allen Ebenen verpflichtet werden, seine vorhandenen Daten anonymisiert für wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke kostenlos zur Verfügung zu stellen!
- Es soll ein Bundesminister im Kanzleramt, der derzeitige Chef des Kanzleramts oder ein eigener Minister als Digitalminister eingesetzt werden! Dieser soll die Zuständigkeit für Digitale Infrastruktur, Startup-Förderung, Wagniskapital, Datenschutz bekommen sowie das Digitalangebot und die IT-Servicestelle der ganzen Bundesverwaltung bündeln und die entsprechenden Arbeitsbereiche, die bislang auf mehrere Ministerien und Behörden aufgeteilt sind, zugeordnet bekommen. Jede Behörde soll auf Leitungsebene einen zuständigen Digitalbeauftragten definieren.

Zukunftsfähige Infrastruktur

Problem: Die Verkehrsinfrastruktur entspricht zum Teil nicht mehr den Anforderungen an ein modernes, leistungsfähiges Verkehrsnetz. Der Staat investiert nicht genug. Zugleich gibt es keinen Zusammenhang zwischen Finanzierung und Nutzung.

Ziel: Wir brauchen mehr Investitionen in neue und in die Reparatur bestehender Infrastruktur sowie eine stärkere Einbindung der Nutzer in die Finanzierung.

Wir fordern:

- Die KFZ-Steuer soll in Deutschland komplett abgeschafft werden! Als Beitrag zum Erhalt bzw. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sollen eine PKW-Maut auf Bundesautobahnen eingeführt sowie ein höherer Anteil der Mineralölsteuer in den Verkehrshaushalt eingestellt werden.
- Es soll ein umfassender Infrastrukturplan erstellt werden! Dieser soll eine Bundesstrategie für alle Verkehrswege (Straße, Schiene, Wasser, Luft), ergänzt um die digitalen Infrastrukturvorhaben, beinhalten.
- Das Planungsrecht soll überarbeitet und Bürger sowie Betroffene sollen von Anfang an unter Nutzung digitaler Methoden stärker eingebunden werden. Zugleich soll das Verfahren gestrafft werden, u. a. mit einem verkürzten Rechtsschutz. Dies führt zu größerer Partizipation und zugleich schnellerer Umsetzung!